

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. April 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 40

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Gewerkschaftsrevue: Eine sozialpolitische Reichstagsdebatte. — Die Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden.
Korrespondenzen: Frankfurt a. M. (M.-M.). — Kallerslautern. — Mülheim a. d. R. — München. — Wadenburg i. Schl. — Jossen.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Gehilfenprüfungen in Leipzig. — Die Entwicklung der „Volksfürsorge“. — Einfluß des Kriegs auf die Maschinenindustrie. — Gehaltskürzung und Beschäftigungsdauer. — Die Lebensmittelpreise im Februar.

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Im Reichstage kam es gelegentlich seiner kurzen Erörterung am 19. und 20. März zu einer ziemlich umfangreichen sozialpolitischen Debatte, die sich teilweise zu Beschlüssen verdichtete, an denen die Gewerkschaften großes Interesse haben. Den Anlaß zu der Debatte bildete eine Anzahl von wichtigen Anträgen, die dem Reichstag und der Reichsregierung von der Budgetkommission zugegangen waren. Zunächst war es die Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung, in welcher die Budgetkommission den Leisungen beitrug, die von den Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen und der Gesellschaft für Soziale Reform ausgearbeitet worden sind. Bekanntlich liefen diese Richtlinien auf die Schaffung öffentlich-paritätischer Arbeitsnachweise und Arbeitsämter hinaus. Bei der Beschlußfassung darüber stellte sich der Reichstag unter Einwirkung eines Teils der Rechten auf den Boden der gewerkschaftlichen Leitfäden. Das war um so bedeutungsvoller, als die Regierung leider schon bei den Kommissionsberatungen keinen Zweifel darüber geklärt hatte, daß sie die durchgreifende organisatorische Maßnahmen zu einer Gebührende der Verhältnisse in der Arbeitsvermittlung während des Kriegs nicht denke. Lediglich auf provisorische Anordnungen wollte sich die Regierung beschränken. Demgegenüber war das Verhalten des Staatssekretärs Dr. Delbrück bei den Verhandlungen im Plenum ein sehr referiertes, wenn er auch die Notwendigkeit einer besseren Organisation der Arbeitsvermittlung für die Zurückführung der Millionen von Kriegsteilnehmern in das Erwerbsleben anerkannte. Zur Begründung der Ablehnung der Leitfäden der Gewerkschaften und der Budgetkommission führte der Staatssekretär aus, daß nach den Erfahrungen, die er in den acht Kriegsmontaten gemacht habe, alle Aufgaben leichter zu lösen seien, wenn man sich auf bestehende Organisationen stützen könne, als wenn man vollständig neue Organisationen ins Leben rufen müsse. Aus diesem Grunde sei er der Ansicht, daß man jetzt darauf verzichten sollte, auf dauernde Wirkung berechnete und durchgreifende gesetzliche organisatorische Maßnahmen einzuleiten. Es gelte, mit den vorhandenen Mitteln die nächstliegende, allerdings nicht leichte Aufgabe zu lösen. Später wurde Dr. Delbrück noch deutlicher, indem er ausführte:

In den Zielen der Arbeitsnachweisregelung sind wir alle einig, nicht aber in den Mitteln. Wenn ich unter der Floskel des Kriegs eine Aufgabe zu lösen versuche, so kann ich einzig alles zusammenfassen, weil alle Beteiligten das gleiche Interesse haben, unter Beilegung der grundsätzlichen Gegensätze und Schwierigkeiten das praktische Ziel zu erreichen. Will man aber die Frage auch für später lösen, so muß sie mit den grundsätzlichen Fragen belastet werden und wird dadurch wesentlich schwieriger. Und in dem Augenblick klammern all die Gegensätze auf.

Die Zustimmung von der rechten Seite und den National-Liberalen, die diesen Worten folgte, läßt erkennen, mit welchen Gegensätzen der Staatssekretär rechne. Wenn man seinen Erfahrungen, daß sich mit bestehenden Organisationen weit leichter arbeiten läßt als mit neu zu gründenden, auch ohne weiteres beistimmen kann, so doch niemals der Ansicht, daß „nach Maßgabe der vorhandenen Mittel“ die überaus wichtige Frage der Arbeitsvermittlung zu lösen sei. Wenn dieser Grundsatze von der Regierung auf die zahlreichen Neuorganisationen in der Kriegszeit angewendet worden wäre, dann wäre sicher keine einzige von ihnen zustande gekommen! Daß der Reichstag in seiner Beschlußfassung über die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung einen Schritt weiter ging als die Regierung, bleibt immerhin erfreulich, wenn die praktischen Folgen auch nicht unmittelbar zu spüren sein werden.

Eine andre Frage, die es verdient, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus mit Interesse verfolgt zu werden, betraf die Beilegung aller Ausnahmengesetze, insbesondere die Änderung des § 3 Abs. 1 des Vereins-

gesetzes, um die Behandlung der Gewerkschaften als „politische Vereine“ zu beilegen. Sowohl der sozialdemokratische Abgeordnete Seine als auch der Fortschrittler Dieckhoff trafen ein für die ausdrückliche gesetzliche Festlegung, daß die Gewerkschaften nicht als politische Vereine zu betrachten seien, wie das behördlicherseits an vielen Orten geschieht. Die Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück zur Gewerkschaftsfrage seien im Wortlaute hier festgehalten:

Wenn die Gewerkschaften glauben, sich darüber beklagen zu müssen, daß sie zu Unrecht als politische Vereine angesehen seien, so hängt das, meine Herren, eben wieder eng zusammen mit der so tiefen Kluft auf politischem Gebiete, die unser ganzes Volk auseinandergerissen und getrennt hatte. Es gibt oder hat bis vor kurzem nur wenige gegeben, die außerhalb der unmittelbar beteiligten Kreise in der Lage waren, die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften zu übersehen. Es war fable convenue (vereinbarte, verabredete Fabel. Red.), daß die Gewerkschaften vorzugsweise politische Agitationsinstrumente bestimmter Parteien seien, während tatsächlich nach meiner Überzeugung, nach einer Überzeugung, die nach meiner Ansicht der Krieg sehr viel weiter verbreiten wird, die Gewerkschaften in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben — das hat der Krieg gezeigt — nicht mehr denkbar ist. Ich habe bereits vor dem Kriege wiederholt darauf hingewiesen, daß nach meiner Auffassung die Gewerkschaften nicht den richtigen Platz in unserm Rechtssystem hätten, und daß es notwendig sein würde, hier die bestehende Sandanlage. Die Vorarbeiten hierfür waren in meinem Amt im Gange, als der Krieg ausbrach. Ob das Ziel, das ich mit dem Herrn Abgeordneten Seine als erstrebenswert anlehe: den Berufsvereinen diejenige rechtliche Konfraktion und Stellung zu geben, die sie in der Lage verleihe, ihre wichtigen wirtschaftlichen und charitativen Aufgaben zu erfüllen, und bei voller freiherrlicher Ausgestaltung ihrer Funktionen nebenbei dem Staate das Maß von Einfluß zu sichern, das einem Mißbrauch ihrer großen wirtschaftlichen und politischen Macht hindere, ob dieses Ziel zu erreichen sein wird durch eine Abänderung des Vereinsgesetzes, ob es nicht zweckmäßiger zu erreichen sein würde durch ein eigenes Gewerkschaftsgesetz, ob nicht ein großer Teil der Beschwerden, die hinsichtlich der Handhabung des Vereinsgesetzes in bezug auf die Gewerkschaften erhoben worden sind, von selbst verschwinden wird unter dem Eindruck alles dessen, was dieser Krieg uns gebracht und uns gelehrt hat —, meine Herren, das werden wir am Schlusse des Kriegs prüfen, und wir werden es prüfen.

So unumwunden wie hier ist wohl noch nie die unhaltbare Lage der Gewerkschaften in vereinsrechtlicher Beziehung von Regierungsseite aufgedeckt worden. Im übrigen aber verdient die Tatsache noch besondere Hervorhebung, daß der Stellvertreter des Reichskanzlers die Gewerkschaften als Träger von Aufgaben bezeichnete, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist. Auf diesen Ausdruck wird man sich berufen dürfen, wenn infolge der wirtschaftlichen Kämpfe, die die gewerkschaftlichen Organisationen zu führen gezwungen sind, diese selbst wieder einmal als Störenfriede in der nationalen Volkswirtschaft bezeichnet werden sollten. Bedauerlich bleibt nur, daß Dr. Delbrück die nötige Mißbilligung aus der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gewerkschaften nicht jetzt schon zu ziehen entschlossen ist, sondern ihnen erst nach dem Kriege den Rechtsboden ebenen will. Das schränkt das freudige Gefühl über die sonst so klaren Ausführungen Delbrücks ein. In der gegenwärtigen Zeit, wo die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten den Gewerkschaften so schwere Verpflichtungen auferlegen, muß man ihnen auch verfassungsrechtlich mehr als bisher entgegenkommen durch die Tat beweisen. Von diesem Gesichtspunkt aus ließ sich offenbar die Budgetkommission leiten, als sie dem Reichstagsplenum einen Antrag zur Annahme empfahl, durch den es unmöglich gemacht werden soll, daß die Gewerkschaften den Beschränkungen politischer Vereine unterworfen werden. Und wie in der Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung, so ging der Reichstag auch hinsichtlich der Revision des Vereinsgesetzes ein Stück weiter als die Regierung, indem er beschloß, einen diesbezüglichen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

In der Beurteilung des Ergebnisses der kurzen Reichstagsstagung, die zum Schluß einen recht fürnehmlichen Charakter annahm, ist sich die Gewerkschaftspresse darin einig, daß die Volksvertretung des Deutschen Reiches gewillt ist,

an der Neuorientierung auf dem Gebiete der inneren Politik festzuhalten, und daß auch die Regierungen mit diesem einmütigen Willen ernstlich rechnen müssen und rechnen werden.

Neben der gesetzlichen Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge gehört der weitere Ausbau der Arbeitslosenfürsorge zu den aktuellsten und dringlichsten Aufgaben des Staates und der Gemeinden. Trotz der im Dezember veröffentlichten Bundesratsbestimmungen über die Gewährung von Beihilfen zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtsfürsorge, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge, kommt die öffentliche Arbeitslosenfürsorge nur langsam vorwärts. Das ist um so unerklärlicher, als die Gemeinden in dieser Beziehung nicht mehr nur auf eigene wirtschaftliche Kräfte angewiesen sind, sondern vom Reich und von einer Reihe von Bundesstaaten ganz erhebliche Beihilfen zu gewärtigen haben, wenigstens soweit leistungsschwache Gemeinden in Betracht kommen. Bei leistungsfähigen Gemeinden, die auf Beihilfen allerdings nicht rechnen können, steht freilich das soziale Verfallnis mitunter im umgekehrten Verhältnis zu ihrem wirtschaftlichen Können. Das macht es erklärlich, wenn selbst Großstädte und vermögende Gemeinden seither nichts für die Arbeitslosenfürsorge übrig hatten.

Auf Grund der ersten Erhebungen des „Korrespondenzblattes“ vom Ende September 1914, die auch im „Korr.“ ausführlich besprochen wurden, konnte festgestellt werden, daß 301 von insgesamt 612 Gemeinden in irgendeiner Form Arbeitslosenunterstützung gewährten. Eine neuere Umfrage gegen Ende Januar 1915 erstreckte sich auf 846 Gemeinden, von denen 527 Arbeitslosenunterstützung gewährten, 4 eine solche im Prinzip beschlossen, aber noch nicht durchgeführt haben; 315 Gemeinden hatten die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung teils abgelehnt, teils eine bestehende wieder aufgehoben. Von den 3775 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern im Reich hatten nur 13 Proz. für Kriegswohlfahrtsfürsorge etwas übrig, selbst nach den Erleichterungen der Bundesratsbestimmungen. Diese Erfahrungen geben leider denjenigen recht, die sich einzig und allein von zwingenden Vorurteilen einen wirklichen Erfolg versprochen. Aus der sehr umfangreichen und ins einzelne gehenden letztmaligen Erhebung des „Korrespondenzblattes“ können hier nur die hauptsächlichsten Ergebnisse wiedergegeben werden. Unter den 527 Gemeinden, die eine Arbeitslosenfürsorge eingeführt haben, sind 35 Großstädte mit über 100 000 Einwohnern nebst 163 Vorortgemeinden, 25 größere Mittelstädte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern nebst 6 Vorortgemeinden, 45 kleinere Mittelstädte mit 25–50 000 Einwohnern nebst 9 Vorortgemeinden, 95 Kleinstädte mit 10–25 000 Einwohnern nebst 5 Vorortgemeinden, 115 Landorte mit 2–10 000 Einwohnern nebst 8 Vorortgemeinden und 21 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Da die rund 500 Gemeinden etwa knapp ein Siebtel der Gesamtzahl der Gemeinden über 2000 Einwohner darstellen, so ist in der großen Mehrzahl aller Gemeinden nach dieser Richtung hin nichts geschehen. Die meisten Gemeinden, die der Arbeitslosenfürsorge ablehnend gegenüberstehen, wollen das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit nicht anerkennen, obwohl sie schon an der Höhe der erheblichen Aufwendungen der Gewerkschaften für Arbeitslose erleben könnten, in welchem Maße Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Selbstamerweise werden die Gemeinden in ihrer Ansicht noch bestärkt durch das Verhalten der Arbeitslosen selbst. So wurde uns z. B. vor kurzem aus Mähren berichtet, daß die auf Betreiben des Gewerkschaftskartells von der Stadt geplante Arbeitslosenversicherung weber fallen gelassen werden mußte, weil sich nur sechs Arbeitslose gemeldet hatten, trotzdem eine nennenswerte Zahl Arbeitsloser vorhanden war. Aber selbst dort, wo infolge vorübergehender starker Beschäftigung in der Kriegsindustrie oder vermehrter Einberufungen zum Meeresdienste die Zahl der Arbeitslosen zurückging, besteht kein Grund, die Arbeitslosenfürsorge abzulehnen. Sie muß vielmehr zur Vorjore werden für einen späteren Notstand, um die Bevölkerung unter den Kriegsfolgen nicht ärger leiden zu lassen, als unvermeidlich ist.

Von 384 Gemeinden wird Arbeitslosenunterstützung nach wöchentlichen Sätzen gewährt, die natürlich in der Höhe weit auseinandergelien. Häufig sind die angegebenen Sätze nur als Höchstätze bezeichnet, bis zu denen unterstützt werden kann. Die Aufstellungen werden nach der Zahl der Familienangehörigen, nach sonstigen Unterstützungen oder nach der Bedürftigkeit vorgenommen. Einen Höchstsatz von mehr als 12 Mk. pro Woche haben nur 54 Gemeinden, darunter 18 Großstädte bzw. Vorortgemeinden von diesen. Unter den Großstädten befinden sich 3 (Berlin,

Karlsruhe, München), die weniger als 6 Mk. pro Woche Unterstützung gewähren. Zu solch geringen Unterstützungen werden aus Mitteln der verschiedenen Landesversicherungsanstalten Zuschüsse gezahlt an 65 Gemeinden; dabei kommen 29 Gemeinden in Berlin und Hannover in Betracht. Dazu treten noch Reichs- oder Staatszuschüsse. Naturalien als Arbeitslosenunterstützung neben der Barunterstützung werden von 69 Gemeinden gewährt. Mietzuschüsse sind in 40 Gemeinden eingeführt, während 33 Gemeinden solche Zuschüsse ohne sonstige feste Unterstützungen gewähren. 97 Gemeinden begnügen sich mit gelegentlicher Wohnfahrtsplatzge, 82 Gemeinden gewähren neben bestimmten Leistungen gelegentlich auch unbestimmte.

Die tabellarische Übersicht des „Korrespondenzblattes“ bietet schließlich noch wertvolle Einblicke in die Praxis der Gemeinden, die ihre Arbeitslosensfürsorge mit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung in Zusammenhang bringen. Die Handhabung war von Kriegsbeginn an verschieden. Noch heute rechnen 29 Gemeinden die gewerkschaftlichen Unterstützungen und 38 die sonstigen Unterstützungen voll an. Darunter befinden sich Großstädte wie Dresden und Altona, die die gewerkschaftlichen, und überdies Bremen und Frankfurt a. M., die sonstigen Unterstützungen in voller Höhe in Abzug bringen. In 53 Gemeinden wird die gewerkschaftliche Unterstützung zur Hälfte, in 4 Gemeinden zu einem höheren Bruchteile (bis 0,8) und in 7 Gemeinden zu einem kleineren Teile (bis 1/2), in 35 Gemeinden in nicht näher bestimmtem Verhältnis angerechnet. Auch hinsichtlich der Anrechnung des gelegentlichen Arbeitsverdienstes des Unterstützten sowie des Arbeitsverdienstes seiner Familienangehörigen haben 125 Gemeinden nähere Bestimmungen getroffen. Solcher Arbeitsverdienst wird zum Teil in voller Höhe in Abzug gebracht, nur ein Teil der Gemeinden begnügt sich mit teilweiser Anrechnung.

Die seitens der Reichs- und anderer Staatsbehörden gegebene Anregung, die gemeindlichen Unterstützungen an Gewerkschaftsmitglieder durch die Gewerkschaften auszahlen zu lassen, wird in einer ganzen Reihe großer Städte befolgt. Eine Kontrolle der Arbeitslosen ist den Gewerkschaften in einer Anzahl von Städten ebenfalls eingeräumt worden.

Ein erschöpfendes Bild der Einrichtungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden könnte am besten durch eine Statistik von Reichs wegen gegeben werden. Das Interesse des Reichs an solchen Feststellungen ist ein nicht geringes, denn es würde sich daraus ergeben lassen, welche Gemeinden aus kleinlicher Sparsucht oder Boreingekommenheit ihrer Verwaltungen wichtige Aufgaben der Kriegswohlfahrtsfürsorge vernachlässigen. Das gleiche ermunternde Anlaß, die Schümigen an die Bekämpfung sozialer Einsicht und volkswirtschaftlichen Verständnisses zu erinnern, denn zum „Durchhalten“ bedarf es aller Kräfte.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Frankfurt a. M. (Maschinenmeisterverein. — Vierteljahrsbericht.) Die am 31. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte sich trotz der ungünstigen Situation eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils gab Vorsitzender Steinert an Hand eines gedruckt vorliegenden Jahresberichts einen kurzen Überblick über das verlossene Vereinsjahr. Einmütig sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß trotz des Kriegs und der damit bedingten ungünstigen Lage in unserm Gewerbe es der Vorstand vorzüglich verstanden hat, die Mitglieder durch technische Vorträge weiser fortzubilden. Leider wird infolge der andauernden Einberufungen zum Militär auch hier die Mitgliederzahl immer kleiner; hoffen wir aber doch, daß nach Beendigung des Kriegs unsere zurückkehrenden Kollegen den Verein in alter Verfassung wiederfinden. Unter Neuwahlen wurde ein neuer Vorstand gewählt, die übrigen Ämter führt der frühere Vorstand weiter. Kollege Hummel erstattete den Kassenbericht, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Sodann wurde einstimmig beschlossen, an unrein im Felde lebenden Kollegen nochmals Liebesgaben abzugeben. Unter „Karfflichem“ erläuterte der Vorsitzende die Verhältnisse in den Frankfurter Druckereien und ermahnte die Kollegen, im Verbandsinteresse die Solidarität hochzuhalten. — In der Märzversammlung, wozu die Frauen unserer Kriegsteilnehmer eingeladen waren, wurde vom Ausschusse für Volksvorlesung (Referentin Fr. Julie Welde) ein Vortrag „Zus den Karpathen“ gehalten, der sich ebenfalls eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte und die Anwesenden als zeitgemäßes Thema voll befriedigte. Der Referentin an dieser Stelle unser nochmaliger Dank. Leider haben auch wir wieder den Verlust einiger sehr bewährter Kollegen zu beklagen. Ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. — Die acht Tage später vorgenommene Schlachtfelderbestimmung wies eine sehr starke Teilnehmerzahl auf. Die Besucher wurden unter vorzüglicher Führung zufriedengestellt. Eine gemüßliche Zusammenkunft im Vereinslokale beschloß die Besichtigung.

R. Katterslautern. (Vierteljahrsbericht.) Die Bezirksgeneralversammlung vom 24. Januar war gut und von dem zum Bezirke gehörigen Druckereien Kirchheimbolanden, Landstuhl und Auel vollständig besucht, während Lauterecken, wo gegenwärtig der gesamte Mitgliederstand im Krieg ist, unterboten war. In eingehender Weise gab Bezirksvorsitzender Fröhlinger den Jahresbericht. Fast ein Drittel der Kollegen wurde zum Kriegsdienste herangezogen und eine fast ebenso große Zahl wurde beim Kriegsbeginn arbeitslos oder mußte ausziehen. Über 7000 Mark wurden allein für Konditionslosse verausgabt. Auch die städtische Arbeitslosenfürsorge konnte hier ihre segensreiche Wirksamkeit entfalten, und mancher früherer Gegner

dieser Einrichtung wurde eines Besseren belehrt durch die Spandernachnahme. Eines unserer eifrigsten Mitarbeiter, Kollege Hermann Jürg, mußte sein junges Leben auf dem Schlachtfelde lassen. Den Kassenbericht für das vierte Quartal gab Kollege Dahl, welchem für seine mühevollen Arbeit der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde. Die Wahl des Vorstandes ergab die bisherige Zusammensetzung. — In der Versammlung im Februar wurde nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen der Kartellbericht durch Kollegen Dahl erstattet. Den Bibelotekbericht gab Kollege Michel.

Mühlheim a. d. Ruhr. (Vierteljahrsbericht.) Unsere im Januar abgehaltene Generalversammlung war nur von 16 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der bereits gefallenen Kollegen Dittmar, Ramers, Senkelhausen, Stränger und Rübekamp, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Wie aus dem Berichte des Vorsitzenden ersichtlich, betrug der Mitgliederstand am Anfnange des Jahres 110, am Ende 48 Mitglieder. Mit Ausbruch des Kriegs trat auch für die hiesigen Kollegen eine schwere Zeit ein, da nur eine Firma („Mühlheimer Zeitung“) ihren Betrieb voll ausreicht hielt, und die andern bis Oktober mit bis zur Hälfte verkürzter Arbeitszeit arbeiteten. Vom hiesigen Ortsverein wurden sofort 20 Kollegen zu den Fahnen beurlaubt, welche sich sich jetzt verdoppelt hat. Die Ortskasse sowie die Kassenbestände der Spartenvereine und des Gesangsvereins im Gesamtbetrage von 330 Mk. wurden sofort zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer zur Verfügung gestellt und es erhielt die Frau 2 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. pro Woche. Ferner wurde bereits in der Augustversammlung eine freiwillige wöchentliche Sammlung eingeführt, die bis Ende Dezember 354 Mk. erbrachte, welche zu Weihnachten verteilt wurden. Für diese Unterstützungen waren von den Feldfrauen zahlreiche Dankschreiben eingegangen. Der entgegengenommene Kassenbericht führte, da keine Beanstandungen erfolgten, zur Entlastung des Kassierers. Die Vorstandswahl wurde durch Wiederwahl des alten Vorstandes erledigt, nur wurde ein Revorier erteilt. — Die Februarversammlung fiel aus. — In der Märzversammlung, die von 20 Kollegen besucht war, rügte Vorsitzender Komann den minimalen Besuch in dieser ersten Zeit. Sodann hielt Kollege Kommes einen interessanten Vortrag: „Konjunktanten in Kriegszeiten“, an den sich eine längere Debatte knüpfte. Nachdem noch einige Anregungen ihre Erledigung gefunden, schloß die Versammlung.

München. (Vierteljahrsbericht.) Auch die im ersten Vierteljahre 1915 abgehaltene drei Versammlungen des Ortsvereins befaßten sich in der Hauptsache mit Maßnahmen, die durch die Kriegsverhältnisse notwendig wurden. In der Versammlung am 21. Januar wurde zunächst der seit der letzten Versammlung auf den Schlachtfeldern gefallenen elf und der zwei in München gestorbenen Kollegen in üblicher Weise gedacht und dann die Aufnahme von sieben Kollegen vollzogen. Die in der Oktoberversammlung beschlossene Extrabeiträge zur Ortskasse von 50, 75, 100 Pf., je nach Verdienst bis 35, 40 und mehr als 40 Mk., zur Unterstützung in Not geratener Kollegen und der Familien der zum Seeresdienst eingezogenen Kollegen wurden bis auf weiteres wieder festgelegt und bis zur vollkommenen Genesung des infolge Unglücksfalls erkrankten Kassierers der erste Vorsitzende mit der Kassenführung betraut, während der zweite Vorsitzende die Geschäfte des ersten zu übernehmen hat. Außerdem wurden einige lokale Angelegenheiten erledigt. — Die Versammlung am 18. Februar vollzog die Aufnahme von elf und den Ausschluß eines Kollegen wegen Vergehens gegen das Statut und ehrte in der üblichen Weise drei im Kriege gefallene Kollegen. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten hörten die Versammelten einen interessanten Vortrag des Geschäftsführers des Konsumvereins Sendling-München, Herrn Hans Bauer, über: „Die Sicherung unserer Volksernährung während des Kriegs und die Bundesratsverordnungen“. Der Vortragende schilderte die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung in der Zeit der Mobilmachung, die Spekulation verschiedener Produzenten und Händlerkreise auf den berechneten Gewinn beim Nahrungsmittelverkauf, die leider zu spät erfolgten Bundesratsverordnungen und deren Wirkung und forderte die Verammelten zur strikten Einhaltung der als notwendig erkannten Maßnahmen auf. — Die ordentliche Generalversammlung fand Sonntag, den 28. März, statt. Nach der üblichen Erhebung von sieben seit der letzten Versammlung im Völkerriege gefallenen und fünf in München verstorbenen Kollegen wurden vier Kollegen aufgenommen und hierauf die Umrechnung der Gaukasse über das dritte und vierte Quartal 1914 genehmigt. Der den Mitgliedern gedruckt vorgelegte Jahresbericht des Ortsvereins wurde vom stellvertretenden Kassierer in einigen Punkten erläutert und dessen Ergebnis mit dem des Vorjahres in Vergleich gezogen. Nur einige Siffern sollen daraus Erwähnung finden: Bis 30. Januar 1915 waren 770, darunter 460 verheiratete Kollegen zum Militärdienst eingezogen, davon waren bis zu diesem Zeitpunkt 24 Kollegen gefallene, einer wird vermählt. Aus dem freiwilligen Hilfsfonds wurden an 172 Kriegerefamilien 1900 Mk. Unterstützungen, an sonst in Not geratene sechs Kollegen 71 Mk. gezahlt. Nach Beantwortung einiger Anfragen wurde der Bericht anerkannt und dann die Gesamtvorstandschaft einstimmig wiedergewählt. Der Beitrag zur Ortskasse wurde nach kurzer Aussprache einem Antrage des Vorstandes entsprechend um 30 Pf. die Woche erhöht, dagegen die in einer früheren Versammlung beschlossenen Extrabeiträge wieder aufgehoben. Diese Erhöhung des Ortsbeitrags soll in der Hauptsache zu Notstands- und Ausgefeuerterunterstützungen wie zur Unterstützung der Familien der zum Militär eingezogenen

Kollegen Verwendung finden. Die Entschädigung der Vorstandsmitglieder wurde wie bisher festgelegt und nach Neuwahl zweier Kollegen für zwei zum Seeresdienst eingezogene Revidoren und Wiederwahl der bisher beim Gewerkschaftsverein als Delegierte tätigen vier Kollegen die Versammlung geschlossen.

Waldburg i. Schle. (Bezirk.) Die forwährenden Einziehungen zum Militär legen dem Bezirksvorstande die Erwägung nahe, die Bezirksversammlung am 25. April in Striegau ausfallen zu lassen. Man beschloß die Abhaltung einer Funktionärkonferenz und die Überweisung des für Fahrgelder erparten Betrages an den Familienunterstützungsfonds. Am 28. März in der „Gorkauer Bierhalle“ tagende Funktionärkonferenz, die von den Vertretern der Druckerei Greuburg, Glas, Goffesberg, Langenhilau, Neurude, Reichenbach, Schweißnitz, Striegau, Waldburg und Wülfgiersdorf besucht war, hielt diese Beschlüsse gut. Beschlössen wurde die Erhebung eines wöchentlichen Bezirksbeitrags von 50 Pf. und die Unterstützung der Familien zum Meer einberufener Kollegen aus der Bezirkskasse. Der Bezirksvorstand wurde ermächtigt, eventuell den Bezirksfonds anzugreifen. Lebigen Kollegen, die nachweislich ihre Etern unterstützen, soll ebenfalls das Recht zustehen, Anträge auf Unterstützung ihrer Angehörigen zu stellen. Die Wahl des Ortes für die nächste Bezirksversammlung überließ man dem Bezirksvorstande. Striegau soll jedoch nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die seitens des Bezirksamtes vollzogene Wahl des Bezirksvorstandes wurde aufgegeben und genehmigt. Gauvorsteher Fiedler (Breslau) wohnte dieser Konferenz bei.

Waldburg i. Schle. (Vierteljahrsbericht.) In der Generalversammlung vom 17. Januar wurde der Jahresbericht entgegengenommen und die Neuwahlen vollzogen. Die Bezeichnung der Posten blieb in der Hauptsache dieselbe. Für den ausscheidenden Schriftführer wurde eine Ersatzwahl vorgenommen. Die Funktionen des Bezirkskassierers verbleibt in Zukunft Kollege Schneider. Beschlössen wurde, den im Felde lebenden Kollegen, die sich bei der Krankenkasse weiterversehen wollen, die Hälfte des Beitrags zurückzuerlassen. Bezugsberechtigten Reisenden soll in Zukunft ein Maximum von 30 Pf. gewährt werden. Der Zentralbürotischen der Gewerkschaften überwieß man den Betrag von 5 Mk. als Zuschuß. — Die Versammlung am 27. Februar nahm die Kassenberichte für das vierte Quartal der Orts- und Bezirkskasse entgegen. Besondere Dankesworte widmete hierbei Vorsitzender Köchel dem ausscheidenden Bezirkskassierer Marche. Obwohl der Mitgliederstand zur Zeit geringer, will man für 50 Mitglieder Beiträge an das britisches Kartell abführen. Von einem Schreiben des Tarifamtes und des Gauvorstandes betreffend Mittelung der Adressen geeigneter Kollegen zwecks Anlernen an Spezialmaschinen wurde Kenntnis genommen. Eine lebhaft Diskussion wurde darüber angestellt. Entschuldigend rief die Mitteilung hervor, daß die Sebmachfabriken sich weigern, Kollegen über 30 Jahre anzulernen. Einmütig beschloß die Versammlung, der Familie eines Einberufenen, der sich geweigert hatte, Beiträge zum Familienunterstützungsfonds zu zahlen, die Unterstützung bis auf weiteres zu sperren. — An Stelle der ursprünglich für den 25. April in Striegau vorgegebenen Bezirksversammlung beschloß der Bezirksvorstand die Zuziehung der Funktionäre des Bezirkes zu der Versammlung am 28. März. In dieser hielt Kollege Fiedler (Breslau) ein Referat über: „Seitgemäße Betrachtungen“. Mit den Ausführungen des Redners war man im allgemeinen einverstanden. Für den mit der Einziehung zum Militär rechnenden Schriftführer wurde ein Ersatzmann gewählt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Raff. Die Beschlüsse der Kriegskommissionen wurden durch den Vorsitzenden bekanntgegeben. Die 20 Pfennige, um die der wöchentliche Verbandsbeitrag ermäßigt ist, beschloß man weiterzugeben und sie dem Familienunterstützungsfonds zuzuführen.

Bezirk Joffen. (Vierteljahrsbericht.) In der am 24. Januar abgehaltenen Generalversammlung gedachte der Vorsitzende A. G. Grobe zunächst der auf den Schlachtfeldern gefallenen Kollegen Richter und Man. Kollege Müller erstattete den Kassenbericht; es wurde ihm für die musterhafte Kassenführung einstimmig Entlastung erteilt. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers insbesondere aus den Kriegsmoateten einiges erwähnt: Bis Ende Dezember standen 32 Kollegen des Bezirkes unter den Fahnen, davon haben leider schon vier den Tod auf den Schlachtfeldern im Osten und Westen erlitten. Der Mitgliederstand des Bezirkes ist von 118 am Schluß des zweiten Quartals 1914 auf 49 Ende des vierten Quartals gesunken. Die Arbeitslosenliste hatte im Monat November mit 57 Konditionslosen den höchsten Stand erreicht. Daß der seit Anfang des Krieges an die Frauen der Kriegsteilnehmer geleistete Mietzuschuß von monatlich 6 Mk. heute noch gewährt werden kann, ist der Opferwilligkeit der Kollegen durch Leistung eines besonders hohen Bezirksbeitrags zu danken. Auch der Vorstand verzichtete auf einen erheblichen Teil der Remuneration, und die sämtlichen Sitzungsgebühren wurden vollständig aufgehoben. In besonderen Wünschen hat auch der Gauvorstand helfend eingegriffen. Da schon im Laufe des Kriegshalbjahres ein Wechsel im Vorstande vorgenommen werden mußte, wurde der gegenwärtig amtierende Vorstand durch Jurf und ein Beisitzer neu hinzugewählt. Vom Gewerkschaftskartelle wurde durch Sammellisten ein ganz ansehnlicher Beitrag für eine Wohnnachschinderbeschäftigung aufgebracht. Nachdem noch für gesunde Liebesgaben die eingegangenen Geldpostkarten versehen waren, schloß der Vorsitzende mit einem Koch auf den Verband und mit dem Wunsch, auch unre „Feldfrauen“ bald wieder in unserer Mitte begrüßen zu können, die Versammlung. — Die Märzversammlung fiel aus. — Die Märzversammlung

hatte sich außer örtlichen Angelegenheiten in der Hauptsache mit der Regelung der Mietsunterstützung und des Ertrags der Büchsenfabrik zu befassen. Nach dem Bericht des Kassierers erforderte der Mietszuschuß für die Frauen bis einschließlich Februar die Summe von 950 Mk., der Zuschuß für Konditionssäge 590 Mk., so daß unser Kassenbestand trotz des hohen Ertrags von 1288 Mk. am 1. August um 230 Mk. Ende Februar zurückging. Infolge immer mehrerer Einberufungen ließ sich leider die Gewährung des Zuschusses nicht mehr aufrechterhalten, und so beschloß die Versammlung, daß die laufende Unterstüttung mit dem Bezüge des lebenden Monats erfolgt. Es können nur noch besondere Notfälle berücksichtigt werden. Der Beitrag für die Bezirkskasse wurde auf 75 Pf. erniedrigt. Auch für den Bezug des Konditionssägenzuschusses wurde eine Strenge festgesetzt.

o o o o o o Rundschau o o o o o o

Von Buchdruckern im Kriege. Für vorbildliche Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten von dem im Felde stehenden Mitglieder unserer Organisation das Eisene Kreuz: Georg Ehrlicher (Leipzig) und Karl Becker (Neuhöflein). Damit haben bis jetzt 512 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

Gehilfenprüfungen in Leipzig. Die diesjährigen Gehilfenprüfungen wurden in Leipzig am 26. und 29. März von dem „Prüfungsausschusse für die Abnahme der Gehilfenprüfung im Buchdruckhandwerk“ der Gewerbekammer Leipzig vorgenommen. Infolge der Angunst der Zeit hatte sich etwa ein Drittel weniger zur Prüfung gemeldet als im Vorjahr. Am 26. März fanden sich 42 Seherlehrlinge zur Prüfung ein. Bis auf einige Ausnahmen waren die gestellten Aufgaben richtig erkannt und gut durchgeführt. Am 29. März unterzogen sich 36 Drucker, 1 Schweißsetzer und 3 Galvanoplastiker der Prüfung. Bei den Druckern fielen besonders die Arbeiten einiger älterer Druckerinnen durch ihre nach den alten Druckregeln gut ausgeführten Zurückbildungen auf, die bedeutend von den jetzt vielfach recht oberflächlich angefertigten Zurückbildungen anderer Druckerinnen abwichen. Die Kommission konnte allen Prüflingen das Prüfungszertifikat ausshändigen, und zwar erhielten 2 die Note „Sehr gut“, 61 die Note „Gut“ und 19 die Note „Befriedigend“. Da von der Gewerbekammer viel Wert auf die schriftliche Prüfung gelegt wird, so wurde darauf mehr Wert als in früheren Jahren verwandt und damit auch gute Resultate erzielt. Die Prüfungen kommen allerdings nicht auf dem Lehrbriese zum Ausdruck und werden nur in den Protokollen und der Stammliste vermerkt. Der Sehergeber will nicht, daß den Prüflingen, die nur die Note „Befriedigend“ haben, ihr Fortkommen erschwert wird. Zum Schluß ist noch darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Jahre wieder viele Firmen den von der Gewerbekammer gegebenen Anordnungen nicht entsprochen haben, und daß dadurch dem Prüfungsausschusse die Arbeit sehr erschwert wurde. Es ergibt daher schon jetzt an die Lehrherren die Bitte, im nächsten Jahre den ausserordentlichen Beihilfen auch die Gelegenheit zur Unterfertigung ihrer Prüfungsarbeiten während der Geschäftszeit zu geben, und nicht, wie es vorgekommen ist, daß die Beihilfen gezwungen waren, ihre Prüfungsarbeit Sonntags im kalten Arbeitsraum anzufertigen. Es liegt doch im Interesse des Lehrherren, wenn sein Beihilfe eine gute Arbeit zur Ablieferung bringt. In seiner Schlußrede ersuchte der Vorsitzende die Beihilfen, daß sie immer befristet sein sollen, sich durch gute Fachliteratur, durch Beitritt in fachtechnische Vereinigungen und Umgang mit nur strebsamen und soliden Fachgenossen fortzubilden. Auch wies er darauf hin, daß die Ausshändige der Lehrbriese nicht von den mit dem Buchdruckereibesitzern vereinigten Lehrverträgen entbunden.

Die Entwicklung der „Volksfürsorge“. Die „Volksfürsorge“ hatte im März d. J. 1016 Anträge auf neue Versicherungen zu erledigen, also wieder eine kleine Steigerung des seit Ausbruch des Krieges stark zurückgegangenen Neugeschäftes zu verzeichnen. Bei der Tatsache, daß durch die in letzter Zeit so umfangreichen Einziehungen des Landsturms zahlreiche Bewerber der „Volksfürsorge“ ihre Tätigkeit einstellen mußten, ist dieses langsame Aufsteigen wohl zu begreifen, aber zutrudelnd ist es keineswegs. Die privaten Versicherungsgesellschaften, deren Agenten mit Eifer die gegenwärtig in vielen Branchen herrschende günstige Geschäftskonjunktur ausnützen und besonders hinter dem auf verdienenden Arbeiter her sind, machen auch jetzt ganz gute Neugeschäfte. Wenn die Funktionäre der Gewerkschaften und Genossenschaften allerorts in Veramlungen und Fabriken ihre Kollegen auf die Vorteile von diesen Organisationen gegründeten „Volksfürsorge“ hinweisen, ist mit Recht zu erwarten, daß eine Steigerung der Zahl der Anträge für diese unter ausschließlicher Verwaltung der Arbeiterchaft stehenden Versicherungen zu erreichen. Denn hier kommt das Prinzip der Selbstverwaltung, eines der wichtigsten Ziele der organisierten Arbeiterchaft, zur vollen Geltung. Hier kann daher die in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterchaft die Probe aus Eremple machen und zeigen, was aus eigener Kraft zu schaffen ist. Es wäre dies auch zugleich das beste Mittel, die Gegner der Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung zu entmannen.

Einfluß des Krieges auf die Maschinenindustrie. Kein Zweig der Warenherstellung hat den Einfluß der Kriegslieferungen so nachhaltig zu spüren bekommen wie die Maschinenindustrie. Als der Krieg ausbrach, fiel nicht nur der starke Absatz nach dem Auslande völlig weg, auch die Aufträge aus dem Inlande schmolzen sehr rasch

zusammen. Denn neue Aufträge von Belang kamen doch nur in seltenen Fällen herein. Die hochentwickelte deutsche Maschinenindustrie wäre in eine tiefe Stagnation verfallen, wäre nicht der Krieg, der mit der modernen Technik arbeitet wie ein amerikanischer Unternehmer, als ein plebendarer Arbeitgeber auf dem Markt erschienen. Es war nicht leicht, sich auf die Kriegsbedürfnisse einzurichten, aber der Maschinenindustrie ist es in kurzer Zeit gelungen, den Anforderungen nachzukommen, die das Kriegsgeschäft an sie stellte. Die direkten Aufträge hatten aber sehr rasch zur Folge, daß die beschäftigten Unternehmerinnen ihrerseits wieder mit schleunigt zu erledigenden Bestellungen an Maschinenfabriken herantraten, so daß alsbald auf der ganzen Linie der Beschäftigungsgrad auf eine befriedigende Höhe ging. Da ließ sich natürlich bei dem ganzen Gang der Umwälzung nicht vermeiden, daß sich starke Schwankungen und Ungleichmäßigkeiten bemerkbar machten, viele Betriebe unter äußerster Ausnutzung aller verfügbaren Arbeitskräfte arbeiteten, während andre wenig oder auch nichts zu tun hatten. Die vorhandenen Produktionsanlagen werden zwar während des Krieges nicht voll ausgenutzt, allein schon deswegen nicht, weil die Zahl der Beschäftigten um durchschnittlich etwa ein Drittel herabgesetzt ist, aber die sich aus den Kriegsbedürfnissen ergebende Arbeitsgelegenheit und ihre Verwertung ermöglicht den Fabriken eine Aufrechterhaltung des Betriebes zu befriedigenden bis günstigen Gewinnergebnissen. Bis jetzt kommt freilich in den Bilanzen der Aktiengesellschaften die vorteilhafte Beeinflussung durch den Krieg noch wenig zum Ausdruck, vielmehr sehen wir aus der Bewegung des Reingewinns und der Dividende nur erst die ungünstigen Einwirkungen, die die ersten Monate des Krieges gebracht haben. Die Geschäftsabstöße, die seit Juli v. J. in den einzelnen Monaten veröffentlicht wurden, wiesen in Prozent des jeweiligen Aktienkapitals folgenden Reingewinn und folgende Dividende auf:

Bekanntgabe des Geschäftsabstusses:	Reingewinn		Dividende	
	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14
Juli 1914	7,6	5,17	4,0	3,5
August „	14,77	14,29	6,9	4,6
September „	27,69	18,92	10,2	2,1
Oktober „	12,21	12,23	7,1	6,0
November „	15,84	14,96	9,8	7,1
Dezember „	15,90	12,85	9,6	5,2
Januar 1915	17,53	16,20	9,0	5,2
Februar „	11,21	6,64	7,8	6,4

Die Geschäftsabstöße, die im Juli veröffentlicht wurden, fanden noch nicht unter dem Einfluße des Krieges, zeigten vielmehr aus Gründen der bisherigen Konjunktur schon eine Abnahme des Gewinnes. Diese Tendenz hätte sich auch ohne den Krieg weiter fortgesetzt, so daß der Rückgang der Gewinne keineswegs ausschließlich auf den Krieg zurückzuführen ist. Dann kommt auch noch hinzu, daß nach Kriegsausbruch die Verhältnisse für die Zukunft einen sehr hohen Grad erreichte, was vor allem in der Ansammlung stiller Reserven und in den Abschreibungen zum Ausdruck gelangte. Die waren im Durchschnitt sehr viel höher als in früheren Jahren, wodurch die Gewinne dann die in der Aufammenstellung ausgewiesene Bezeichnung erfahren haben. Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse, bei den großen Betrieben vor allem, so vorteilhaft geändert, daß man um die Zukunft nicht mehr so besorgt zu sein braucht, wie das in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch am Plage war. Man sieht immer mehr ein, daß für die Dauer des Krieges die Arbeitsgelegenheit befriedigend bleiben wird, einmal weil der Krieg selbst durch seine technischen Bedürfnisse stets und ständig Arbeit schafft und weil auch der sonstige Bedarf sich allmählich wieder etwas erholt. In erster Linie kommen wieder mehr Aufträge aus der Landwirtschaft, in der die Maschine mehr als in Friedensjahren menschliche Arbeitskraft ersetzen muß.

Gehaltskürzung und Beschäftigungsdauer. Das Gewerbegericht in Frankfurt a. M. hat vor einigen Tagen zur Frage der Gehaltskürzung während der Kriegszeit eine grundsätzlich wichtige Entscheidung gefällt. Bekanntlich haben nicht wenige Unternehmer zu Beginn des Krieges wesentliche Gehaltskürzungen vorgenommen, denen sich die Angestellten unter dem Druck der Verhältnisse meist ohne weiteres unterwerfen mußten. Sie sowohl wie die Unternehmer haben aber sicher nicht daran gedacht, daß eine derartige Vereinbarung auch eine rechtliche Voraussetzung hat, nämlich die, daß der Unternehmer die Arbeiter und Angestellten während der ganzen Dauer des Krieges beschäftigen muß, die sich Gehaltskürzungen gefallen lassen. Wird durch die Schuld des Unternehmers aber das Arbeitsverhältnis vorzeitig, also in diesem Falle vor Beendigung des Krieges gelöst, dann hat der Angestellte Anspruch auf volle Gehaltszahlung auch für die Zeit, die zurückliegt. Das ist auch der Mittelpunkt des Frankfurter Gewerbegerichtsurlaubs, das in der Klagearte der Geschäftsleiterin einer Damenkleiderfirma gefällt wurde. Das Gericht hielt den Anspruch in vollem Umfange für berechtigt. Die zu Beginn des Krieges getroffene Vereinbarung, so heißt es im Urteile, sei ohne Zweifel dahin aufzufassen, daß der Prinzipal während des Krieges auf kündbarem Vertrage steht, und die Klägerin mit dem halben Gehalte zufrieden ist. Die Beilage habe aber dadurch, daß sie eine vereinbarte besondere Vergütung nicht mehr zahlte, die Klägerin veranlaßt, das Verhältnis zu lösen. Ihr Anspruch beschränkte sich nicht, wie die Firma behauptete, auf Vertragsrückzahlung, sondern nach § 325 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch auf Schadenersatz, weil der Vertrag vom Prinzipal nicht so erfüllt wurde, wie vereinbart worden ist. Die Firma wurde verurteilt, der Klägerin die zweite Hälfte von 80 Mk. pro Monat für die Zeit vom 1. August bis 1. April im Betrage von 640 Mk. sofort und 160 Mk. am 30. April zu zahlen.

Die Lebensmittelpreise im Februar. Nach den bekannten statistischen Erhebungen von Richard Salzer war noch in keinem Monat seit Beginn des Krieges der Grad der Verteuerung der Lebensmittel so stark wie im Februar. Vor allem hat die Regelung des Brotkonsums ein ganz empfindliches Ansteigen der Brotpreise gebracht. Eine Verteuerung von 10 bis 15 Pf. für das Kilogramm war keine Seltenheit. Man sieht allerdings auf der andern Seite wieder zu erwägen, daß die Preissteigerung sich deswegen nicht in vollem Umfange bemerkbar macht, weil ja der Brotverzehr gegenüber früheren normalen Zeiten eine wesentliche Einschränkung erfahren hat. Die verschiedenen Gebiete und Städte zeigen in der Gestaltung der Brotpreise starke Abweichungen voneinander. Am stärksten macht sich die Preissteigerung in Städten und Gebieten geltend, die nicht unmittelbar vom umliegenden Land aus mit Getreide bzw. Mehl versorgt werden können, deren Versorgung also mit erheblichen Transportkosten verknüpft ist. Gebiete mit eignen ausreichenden Beständen werden weit billiger versorgt, westwegen auch hier die Brotpreise keine oder nur eine geringe Steigerung erfahren haben. Auch der Mehl- und Adolins ist höchst ungleichartig. Die Bäcker in den größeren Städten haben zweifellos höhere Gestehungskosten als die in den kleineren Orten, woraus sich allein schon eine merkliche Differenz ergeben muß. Man wird aber annehmen können, daß nunmehr eine weitere Steigerung der Brotpreise nicht mehr eintritt. Die maßgebenden Instanzen, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Brot verantwortlich sind, werden vielmehr bestrebt sein müssen, eine Ermäßigung der Mehl- und Brotpreise zu ermöglichen. Neben Brot war es dann noch Schweinefleisch, das ganz außergewöhnlich im Preise stieg. Ist doch an vielen Orten der Preis für das Kilogramm um 40 bis 60 Pf. in die Höhe gegangen. Diese Erhöhung ist um so absonderlicher, als ein Mangel an Schweinen nicht besteht, vielmehr die Bestände noch immer sehr hoch sind. Aber verschiedene Umstände haben die eigenartige Preiskonstellation bewirkt, vor allem die Aufforderung an die Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern, sich mit Dauerware zu versehen. Hier setzte zweifellos dann eine ziemlich weitgehende und allgemeine Spekulation ein, die außerdem noch durch die eigenartigen Verhältnisse auf dem Futtermittelmarkt begünstigt wurde. Der Effekt der Preissteigerung für Brot und Schweinefleisch hatte jedenfalls zur Folge, daß die Ernährung eine Verteuerung erfuhr wie noch nie seit Beginn des Krieges. Die Kosten für den Nahrungsmittelaufwand, berechnet auf Grund der Ration des Marinejoldaten, stellten sich im Februar für eine Familie von vier Köpfen im Durchschnitt von etwa 200 Mark auf 31,49 Mark pro Woche. Das ist gegen Januar ein Mehr von 1,84 Mk. in der Woche. Seit Juli bewegte sich die Preisliste wie folgt in Mark:

	1914	25.12	Zw. resp. Abnahme
Juli	25,12	25,12	—
August	26,44	26,44	+ 1,32
September	26,14	26,14	+ 0,30
Oktober	27,09	27,09	+ 0,95
November	27,86	27,86	+ 0,77
Dezember	28,74	28,74	+ 0,88
Januar 1915	29,65	29,65	+ 0,91
Februar	31,49	31,49	+ 1,84

Gegen Juli v. J. beträgt die Steigerung 6,37 Mk. pro Woche oder fast 25 Proz.

Berschiedene Eingänge.

„Engraphische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig, Hoff 3, 36. Jahrgang. 1915. Preis pro Jahrgang (12 Hefte) 7,20 Mk.
„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. W. Pleh Nachf. in Stuttgart. Nr. 25. 33. Jahrgang. 1. Band. Preis 25 Pf. pro Nummer, vierteljährlich 3,25 Mk.

Gesellen.

In Berlin am 12. März der Seherinvalide Salo Baum aus Schroda, 51 Jahre alt — Herzschwäche; am 15. März der Rentler, frühere Seher Max Ewelt von dort, 66 Jahre alt — Herzschwäche; am 18. März der Seherinvalide Gustav Sauer von dort, 61 Jahre alt — Schlaganfall; am 22. März der Seher Mar Deschann aus Kilstirn, 39 Jahre alt — Gebirgsgehwulst; am 23. März der Seher Bruno Müller aus Nieder Schönhausen, 24 Jahre alt — Wasserlähme; am 25. März der Druckerinvalide Wilhelm Leske aus Steffin, 81 Jahre alt — Altersschwäche.
In Breslau am 31. März der Seher Paul Weigel aus Berlin, 32 Jahre alt — Betriebsunfall.
In Hamburg am 3. April der Seher Fritz Bruhn aus Volzenburg, 27 Jahre alt.
In Karlsruhe der Seherinvalide Joseph Kroh von dort, 68 Jahre alt.
In Lörach am 20. März der Buchdrucker Leopold Link aus Konstanz, 30 Jahre alt — Rückenleiden.
In Ludwigshafen a. Rh. am 5. April der Korrektor Franz Maß, 58 Jahre alt.
In München am 16. März der Seher Max Sesse aus Berlin, 42 Jahre alt; am 21. März der Seher Sebastian Pfannholzer von dort, 25 Jahre alt.
In Eminentende am 28. März der Seher Karl Böls aus Bublitz i. Pomm., 24 Jahre alt.
In Wien am 19. März Joseph Kutil, 66 Jahre alt; am 21. März der Seher Johann Kiedl, 45 Jahre alt; am 24. März der Seher Nathan Geller, 23 Jahre alt. — Auf dem Felde der Ehre gefallen: Ernst Polz (S.), Franz Mayerhofer (S.), Erwin Bernard (S.), Max König (S.), Hans Zinsberger.

Briefkasten.

Chr. V. in A. und K. E. in L.: Raumangel nötigt uns, unter der betreffenden Stichmarke nur die Ritzer des Eisernen Kreuzes namentlich aufzuführen. Andre Ordensverleihungen sowie Beförderungen, deren Zahl unter den sehr dankbaren Mitgliedern unserer Organisation ebenfalls sehr hoch ist, können wir nicht berücksichtigen. — Fr. R. aus M.: 1. Das ist ein Hinweis, für den wir sehr dankbar sind; werden uns über die jeweiligen Verhältnisse zuvor noch in M. erkundigen. 2. Daß einmal dieses Drumter und Drüber kommen mußte, und daß der Welskrieg einen Umstand dafür abgab, wie er nicht wieder eintreten wird, sind Möglichkeiten, mit denen gerechnet werden konnte. Die Arbeiterchaft nimmt aber an diesen stimmungsvollen Erörterungen keinen inneren Anteil, die nichts weiter sind als ein übertriebenes Bild von Unklarheit, zu dem die in manchen Fällen zu beobachtende Verungung auf die Masse keineswegs paßt. Freundl. Gruß! — G. S. in D.: Bei der Einfindung von Artikeln empfehle ich die Angabe der Adresse des Verfassers durchaus; es machen sich unterseits manchmal Rückfragen notwendig, die Gründe zur Ablehnung können nicht immer öffentlich mitgeteilt werden, auch werden wir nicht selten um Mitteilung der Adresse eines Artikelbeschreibers ersucht. — R. M. aus S.: Karte vom Genfer Booruf ist mit vielem Interesse aufgenommen worden. Dank und Gruß! — S. S. in T.: Auch hier alles total hin über eine solche Leistung. Müßen uns erst wieder fassen, um nach dem Schreck dann das Notwendige zu sagen. — P. P. in Wilsdorf: Das gewünschte Buch können Sie vielleicht von der Zentralkommission der Maschinenlehrer beziehen. — Th. J. in Krefeld: Der gesuchte Bericht ist bereits in Nr. 35 enthalten. Freundl. Gruß! — G. S. in Gera: 2 Mk. — W. S. in Effen: 2,30 Mk. — P. P. in Werdau: 3,35 Mk. — S. W. in U. (Fr.): 2,30 Mk. — P. E. in Krefeld: 2,30 Mk. — A. E. in Ludwigshafen: 2 Mk.

Nachdem verschiedene schriftliche Anfragen zu keinem Ergebnisse führten, bittet Unterzeichner öffentlich alle diejenigen, die über das Vorhandensein von Bildern

der 1848er Buchdruckerführer: Gröblich, Sanßen und Kanne- gleher, Kenntnis haben, ihm die Adressen von deren jetzigen Besitzern gefl. mitzuteilen. W. Frahl.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schanzenplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Wir eruchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einfindung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im I. Quartale 1915: 12. April, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Da in einigen zur Berichterstattung verpflichteten Verwaltungen Stellen die Funktionäre wiederholt gewechselt haben, so richten wir das dringende Eruchen an die verehrlichen Gauvorstände, die betreffenden Kollegen auf ihre Verpflichtung zur Einfindung der Statistikarten hinzuweisen. Die Karten müssen auch dann eingefandn werden, wenn Arbeitslose am Orte nicht vorhanden waren. Berlin. Die Hauptverwaltung.

Adressenveränderungen.

Gera. Infolge Einberufung des derzeitigen Kassierers vertritt dessen Stelle bis auf weiteres Kollege Ernst Schuber, Binserer Straße 60 p.

Hauen i. B. (Maschinenmeister-Bezirksverein.) Zusendungen wolle man bis auf weiteres an Kollegen Ewald Geipel, Gluckstraße 12 III, senden.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Bayern der Geher Ludwig Birnkammer, geb. in Moosburg 1891; ausgel. da. 1909; war schon Mitglied. — Joseph Seiß in München, Holzstraße 24 I.

Im Gau Nordwest 1. der Drucker Karl Mittene- maier, geb. in München 1897, ausgel. in Regensburg 1915; war noch nicht Mitglied; 2. der Geher Hermann Klingenberg, geb. in Bremen 1884, ausgel. da. 1902; war schon Mitglied. — S. Dieka in Bremen, Hardenberg- straße 52.

Im Gau Posen der Geher Hermann Kleinerl, geb. in Krotoschin 1890, ausgel. da. 1908; war schon Mitglied. — Felix Wagner in Posen, Königsplatz 5.

Im Gau Schleswig-Holstein der Schweizerdegen Walter Heine, geb. in Eilsberg 1880, ausgel. in Alken a. Elbe 1898. — Martin Prüiter in Kiel, Schauenburger- straße 34.

Im Gau An der Saale der Drucker Paul Hann, geb. in Halle a. S. 1893, ausgel. da. 1912; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., St. Klaus- straße 7 I.

Im Gau Westpreußen 1. der Schweizerdegen Karl Gröber, geb. in Berlin 1893, ausgel. in Schlochau (Wes- preußen) 1912; 2. der Geher Paul Lüdtke, geb. in Arnoldsow 1896, ausgel. in Neuenburg (Westr.) 1914; waren noch nicht Mitglieder. — S. M. David in Danzig, Gr. Schwabengasse 27 p.

Versammlungskalender.

- Bonn. Maschinenmeister-Versammlung Sonntag, den 11. April, nachmittags 1/2 Uhr, im „Wilsdorfer Hof“.
- Kaiserslautern. Versammlung heute Sonnabend, den 10. April, abends 9 Uhr, in der „Brauerei Orth“.
- Pleigny. Versammlung heute Sonnabend, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gemerschafthaus“ (Zimmer 5).
- Potsdam-Neubabelsberg. Maschinenmeister-Versammlung heute Sonnabend, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Königssee“, Alte Königsstraße.
- Stendal. Versammlung heute Sonnabend, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Hallstraße.
- Ulm-Neuulm. Versammlung heute Sonnabend, den 10. April, abends pünktlich 8 Uhr, im „Bayerischen Hof“ in Neuulm.
- Werdau. Außerordentliche Hauptversammlung Dienstag, den 13. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.

Tüchtige Maschinenmeister

für Blech- und Notationsdruck zum möglichst sofortigen Antritt gesucht. Angebote mit Angabe der Lohnforderung erbittet die [83]

Buchdruckerei Frankenstein & Wagner, Leipzig.

Tüchtige

Buchdruckmaschinenmeister

für sofort in dauernde Stellung gesucht. Döschel & Trepte, Leipzig, Seeburgstraße 57.

Linotypsetzer

eventuell Anfänger, per bald oder später gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen an den [94] „Eleganter Anzeiger“, Regnitz.

Linotypsetzer

auch tüchtiger Anfänger, militärfrei, sofort oder später nach großer Stadt des Rheinlands gesucht. Angebote unter B. 69 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ein tüchtiger, erfahrener [44]

Linotypsetzer

für Tageslohn zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote an Ernst Marks, Mülheim-Ruhr.

Tüchtiger

Maschinensetzer

für Linotype sofort oder später gesucht. [10] Mannheimer Metallendruckerei Verlag der „Volksstimme“, Mannheim A. 1. 14.

Junger tüchtiger Stempelschneider

erle Kraft in hl. Zeugraden und Defekten, sucht Stell. Off. unter W. T. 34 an die Geschäftsstell. d. B. erb.

36 Bolksbadewannen

mit kleinen Fehlern, die jedoch den Gebrauch nicht beeinträchtigen, ankast 21 Mk., nur 13,95 Mk. franko. Keine Verpackungspesen. Größe 170 cm lang, 65 cm breit. Stark verzinkt, mit Wulsten. Verbindungen geschweisst, daher unverwundlich. Garantie: Zurücknahme. Für sehr große Personen ankast 24 Mk., nur 15,95 Mk. franko. [76]

Badewannenfabrik Nürnbergs

Rothenerstraße 39a.

Stereotypiepapiere

in allen Formaten. Matrizenpulver (nur eines Fabriks) 100 Kilo 40 Mk. Reichs- und Preussische und 11. März 1881 in 1881 gegründeten Spezialgeschäft S. Andressen & Sohn, Hamburg 11.

Stempelseher

der eventuell vakanzisieren kann, zum möglichst baldigen Antritt gesucht. [96] Mag Reich, Stempelfabrik, Breslau I, Ring 55.

Albert Massini

zu seinem 60. Geburtstag nachträglich unfre herzlichsten Glückwünsche! Kriegsortverein Altmann-Mont Garni (Frankreich [B. D. D. B.]), S. M.: Hans Wangelin.

Allen lieben Kollegen

von nah und fern, auch den vielen „Geldgrauen“, die an unserm Ehrentage, dem 50jährigen Berufsjubiläum bzw. 25jährigen Verbandsjubiläum, durch Telegramme und sonstige Zuschriften unserer so freundschaftlich gedachten, sagen wir hiermit [79]

innigen, herzlichsten Dank!

Es waren tiefempfundene Beweise echter, freier Kollegialität, die auch uns zu weiterem Wirken im Verbandsinteresse anspornen werden. Weimar, Ostern 1915.

Heinrich Reumes, Friedrich Mauerhan.

Sternik sagen wir unfern [93]

herzinnigsten Dank

dem Buchdrucker- und Schriftsetzerverein in Hamburg-Altona sowie allen lieben Kollegen und Freunden, die zu unserm 50jährigen Jubiläum unfer gedachten und uns durch Überendung von Glückwünschen und Geschenken erfreuten. Hamburg, den 4. April 1915. W. Sackert, C. Bransch.

Der neue Duden

Rechtschreibung der deutschen Sprache unferbliches Hülfsbuch für Lehrer und Korrekturen, ist erschienen. Ladenpreis 2,50 Mk. (Porto 30 Pf.). Bestellungen an A. Steg, München, Holzstraße 7.

Am 5. April verschied nach längerer Krank- heit unser lieber Kollege, der Geher **Franz Körner** aus Leipzig-Ehrenberg, im 51. Lebens- jahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Firma J. J. Weber („Illustrierte Zeitung“), Leipzig.

Am 3. April verstarb unser werker Kollege, der Geher [91] **Fritz Bruhn** aus Stolzenburg, im 28. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Am 5. April verschied nach länger, schwerer Krankheit unser freies Mitglied, der Korrekturen [92] **Franz Malz** im Alter von 58 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Ludwigshafen a. Rh.

Infolge seiner im Osten erlittenen schweren Verwundung verstarb am 7. März im Lazarett unser lieber Kollege, der Geher **Eugen Dieferte** Musiker im Reg.-Inf.-Reg. Nr. 266 aus Wildberg (Württemberg), im Alter von 23 Jahren. Wir verlieren in dem Toten einen lieben Freund und Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. [89] Ortsverein Wiesbaden (Kosfeld).

Erst jetzt erhalten wir die Nachricht, daß bereits am 9. September im Westen unser früheres Mitglied, der Drucker **Reinhard Schödel** Soldat im Infanterieregiment Nr. 134 aus Königsweiler, und am 5. März im Osten unser früheres Mitglied, der Drucker [80] **Alfred Willi Fischer** Erzhilfsrevoll im Infanterieregiment Nr. 95 aus Frauenth den Helidentod fanden. Das Andenken der beiden Kollegen wird stets in Ehren halten Der Ortsverein „Typographia“ Werdau.

In dem Wärrringen fiel als zweites Opfer aus unserm Kreis am 21. Februar auf Frankreichs Füren unser lieber Kollege **W. Wohlgefahr.** Sein allseitig kollegiales und lebens- würdiges Wesen sichert ihm bei uns ein ehrendes Gedenken. [78] Die Verbandsmitglieder der Offizin W. Girardet, Essen.

Am 30. März erlitt infolge schwerer Verwundung im Lazarett auf Buer den Tod für das Vaterland unser lieber Kollege, der Geher **Subert Gädher** Musketier im Infanterieregiment Nr. 13 aus Münter, im Alter von 23 Jahren, Sein Andenken hält in Ehren Der Orts- und Bezirksverein Münster. [90]

Den Helidentod erlitt auf Russlands Erde am 11. März unser werker Kollege, der Geher [88] **Wilhelm Siebfried** aus Oppenheim a. Rh., im Alter von 21 Jahren. Ein ehrendes Gedenken wird ihm bewahren Der Bezirksverein Mainz.

Auf dem stillen Kriegsschauplatz fand Anfang März den Helidentod unser werkes Mitglied [75] **Paul Stempel.** Ein ehrendes Gedenken sei ihm erhalten. Mitgliedschaft Perleberg.

Den Tod für das Vaterland erlitt unser werkes Mitglied [77] **May Siehner** durch Herzschlag. Ein freies Gedenken bewahren ihm Der Ortsverein Gera. Der Bezirksverein Gera.

Am 3. April fand in einem Krieger- lazarett in Ostpreußen an den Folgen seiner schweren Verwundung den Helidentod für das Vaterland unser Kollege, der Geher **Subert Weber** Musketier im Infanterieregiment Nr. 138 im Alter von 21 Jahren. Sein Andenken wird stets in Ehren halten Der Ortsverein Krefeld.